Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8444

15. 11. 90

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung des Bundeskanzlers über die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Unterzeichnung der deutsch-sowjetischen Verträge ist die Sowjetunion endgültig zum Partner der Deutschen geworden. Der Deutsche Bundestag begrüßt diesen Schritt, der den mit dem Moskauer Vertrag von 1970 eingeleiteten Prozeß weiterführt, und unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung, durch wirtschaftliche Hilfen die sowjetischen Reformvorhaben zu fördern.

Der Ausbau neuer, partnerschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion verlangt von der Bundesrepublik Deutschland, praktische Konsequenzen aus Geist und Buchstaben der Verträge zu ziehen. Das gilt vor allem für die Sicherheitspolitik, die bisher noch an der überwundenen Konfrontation orientiert ist. Das Festhalten an milliardenteuren militärischen Entwicklungs- und Rüstungsvorhaben läuft dem neubegründeten freundschaftlichen Verhältnis zur Sowjetunion zuwider und bedeutet eine Verschwendung knapper Ressourcen.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

1. Die deutsche Beteiligung an der Entwicklung der Waffensysteme Jäger 90 und Panzerabwehr-Hubschrauber 2 und die Planung anderer neuer Großwaffensysteme sind sofort einzustellen.
2. Der Verteidigungshaushalt 1991 ist drastisch zu kürzen.
3. Die konventionelle Abrüstung ist über den absehbaren Abschluß der Wiener Verhandlungen (VKSE) hinaus voranzutreiben. Ziel muß ein europäisches Sicherheitssystem auf erheblich weiter reduziertem Niveau konventioneller Truppen und Rüstungen sein.
4. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Zusage der Bundesregierung, daß in den neuen Bundesländern keine Atomwaffen und zugehörige Trägersysteme der NATO stationiert werden dür-

fen. Nach Abzug der sowjetischen Truppen wird dieses Gebiet zu einer atomwaffenfreien Zone in Deutschland.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für die Beseitigung aller Atomwaffen aus ganz Deutschland einzusetzen.

Bonn, den 15. November 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333